

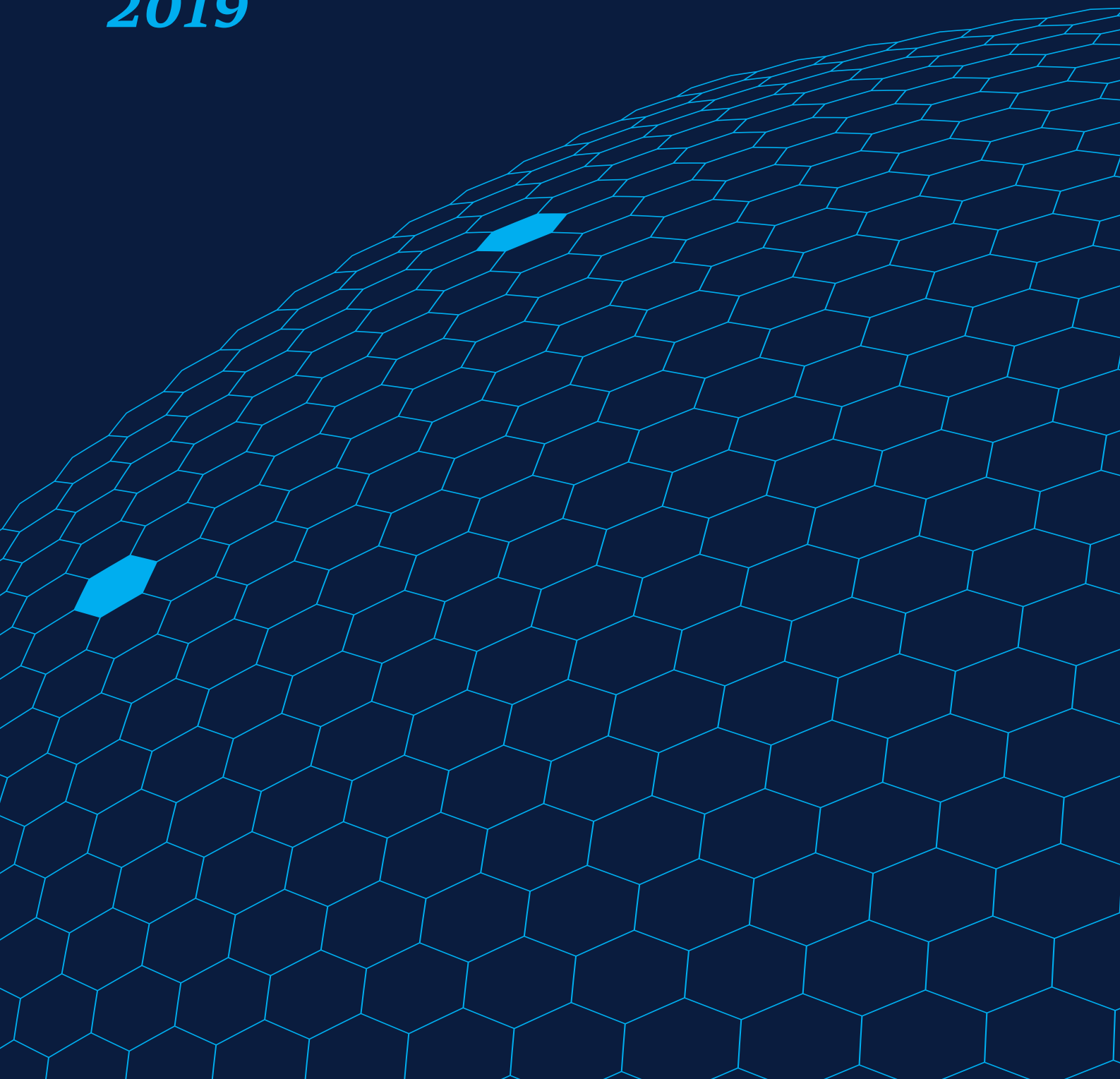


Landesverband der
Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

STANDPUNKTE

02

2019



INHALT

- **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTEMBERGISCHEN INDUSTRIE:
ZWISCHEN HANDELSKONFLIKTEN UND NACHLASSENDE DYNAMIK**
- **DER SCHWIERIGEN WIRTSCHAFTSLAGE BEGEGNEN:
INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN, INNOVATION FÖRDERN!**

Stuttgart, im Dezember 2019

WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE: ZWISCHEN HANDELSKONFLIKTEN UND NACHLASSENDE DYNAMIK

Handelskonflikte beeinflussen zunehmend die Investitionssicherheit auf den Weltmärkten, was zu sinkender Nachfrage geführt hat. Dies belastet die Südwestindustrie und die Investitionsgüterbranche. Nach einem durchwachsenen Jahr 2018 und sinkenden Auftrags- und Umsatzwerten im Jahr 2019 steigen nun erstmals die Bewertungen der aktuellen Geschäftslage wieder. Die aktuellen Branchendaten geben jedoch wieder, dass das verarbeitende Gewerbe bundesweit eine rezessive Phase durchläuft und der Dienstleistungssektor sowie der heimische Konsum, durch die starke Beschäftigungsquote, die deutsche Wirtschaft stützen. Voraussagen über die weitere Entwicklung sind nicht zuletzt deshalb schwierig, weil zahlreiche Branchen mit einer leicht volatilen Situation konfrontiert und Entspannungstendenzen aktuell nicht erkennbar sind bzw. bestenfalls für Mitte nächsten Jahres erwartet werden.

Wirtschaftswachstum sinkt im zweiten Quartal

Die heimische Wirtschaft hatte über das Jahr 2018 an Dynamik verloren. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes ergaben sich für Baden-Württemberg ein stagnierendes erstes Quartal (1,9 Prozent), ein positives zweites Quartal (2,2 Prozent), ein leicht positives drittes Quartal (1,5 Prozent) und ein negatives viertes Quartal 2018 (0,7 Prozent) im Vergleich zu den Vorjahresquartalen. Im Jahr 2019 erholte sich die Südwestindustrie im ersten Quartal leicht (0,9 Prozent) und sank im zweiten Quartal 2019, nach vorläufigen Berechnungen, um 0,3 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresquartalen. Die reale Wirtschaftsleistung wuchs im Jahr 2018 um 1,5 Prozent, statt prognostizierten 2,3 Prozent, gegenüber dem Vorjahr.

Daraus ist zu erkennen, dass der Abschwung nicht erst Ende 2018 begann, sondern schon Anfang 2018 einsetzte. Dies verdeutlichen insbesondere die Quartalszahlen im Vergleich zu den Vorquartalen. Stagnierte die Südwest-Wirtschaft im ersten Quartal 2018 im Vergleich zum Vorquartal (0,0 Prozent), stieg sie im zweiten Quartal (0,2 Prozent) und dritten Quartal (0,1 Prozent) 2018 nur marginal. Im vierten Quartal 2018 sank die Wirtschaftsleistung dann um 0,1 Prozent zum Vorquartal und erholte sich statistisch betrachtet im ersten Quartal 2019 um 0,6 Prozent im Vergleich zum vierten Quartal 2018. Nun sank das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent ebenfalls zum Vorquartal und ist damit das erste

Quartalsminus seit 2013. Zudem wurde sichtbar, dass das dritte Quartal 2018 nicht nur eine Delle war, sondern dass der Wendepunkt der Konjunkturkurve schon im ersten Quartal 2018 eintrat.

Auftragslage weiterhin rückläufig

Die Nachfrage nach baden-württembergischen Industrieprodukten ist weiterhin rückläufig. Die Aufträge sanken im Vergleich zum ersten Quartal 2019 um 2,7 Prozent und im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 Prozent. Die Aufträge aus dem Ausland sanken im zweiten Quartal 2019 um 5,7 Prozent zum Vorjahresquartal und stiegen um 0,9 Prozent zum Vorquartal. Die Inlandsnachfrage sank im Quartalsvergleich um 2,6 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis August 2018 reduzierte sich die Nachfrage um 6,3 Prozent. Insbesondere die Inlandsaufträge brachen um 18 Prozent ein, die Nachfrage aus dem Euroraum gar um 21 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Aufträge insgesamt um 9,8 Prozent. Dabei mussten 9 Prozent weniger Inlandsaufträge und 10,3 Prozent geringere Auslandsnachfrage verbucht werden.

Diese Halbjahresbilanz setzte sich nach aktuellen Zahlen weiter fort. Gegenüber dem Vorjahresmonat September 2018 nahmen die Auftragseingänge im September 2019 um 5,9 Prozent weiter ab. Dieser 13. Rückgang in Folge ist sowohl auf einen Auftragsrückgang von 7,8 Prozent aus dem Inland als auch auf einen Nachfragerückgang aus dem Ausland um 4,5 Prozent zurückzuführen. Die Nachfrage bzw. die Aufträge aus dem EU-Ausland sanken hierbei um 3,7 Prozent. Die Aufträge aus den Nicht-EU-Staaten gingen um 5,1 Prozent zurück.

Die volatile Gesamtsituation wird auch daran deutlich, dass im September im Vergleich zum Vormonat August 2019 ein Nachfragezuwachs von insgesamt 1,5 Prozent verzeichnet werden konnte. Die Aufträge aus dem Inland nahmen dabei um 0,3 Prozent zu. Die Auslandsnachfrage wuchs um 2,5 Prozent. Die Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt erhöhte sich um 0,7 Prozent, während ein Zuwachs von Aufträgen aus den Nicht-EU-Staaten von 3,3 Prozent verbucht werden konnte.

Umsatzentwicklung in Baden-Württemberg rückläufig

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis August 2018 reduzierte sich der Umsatz zum Halbjahr insgesamt marginal um 0,4 Prozent. Hier konnte der Auslandsumsatz mit 0,4 Prozent zulegen, wohingegen der Inlandsumsatz um 1,4 Prozent schrumpfte. Impulse kamen vor allem aus der Eurozone (+ 2,1 Prozent).

Im 3-Monatsvergleich von April bis Juni sank der Umsatz gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 6,6 Prozent. Der Auslandsumsatz der Südwest-Industrie flaute im zweiten Quartal 2019 im Vergleich zum Vorquartal um 2,2 Prozent ab. Die Inlandsumsätze reduzierten sich um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal

Im September 2019 sank der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Vormonat um 1,1 Prozent. Der Umsatz mit dem Ausland reduzierte sich um 1,3 Prozent, der Umsatz mit dem Inland sank um 0,8 Prozent. Das Defizit des Auslandsumsatzes setzt sich aus einer Steigerung von 0,7 Prozent aus der Eurozone und einem Rückgang von 2,5 Prozent aus Nicht-EU-Staaten zusammen. Gegenüber September 2018 ist der Umsatz mit 1,2 Prozent rückläufig. Der Inlandsumsatz reduzierte sich dabei marginal um 0,1 Prozent. Der Umsatz aus dem Ausland nahm um 1,9 Prozent ab. Die Einnahmen aus den Nicht-EU-Staaten konnten jedoch um 6,6 Prozent zulegen, während die Umsätze mit dem EU-Binnenmarkt um 6,2 Prozent fielen.

Stabile Inflation - Beschäftigung stagniert weiterhin

Der Verbraucherpreisindex in Baden-Württemberg ist im Oktober 2019 im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat (Oktober 2018) stieg die Teuerungsrate um 1,2 Prozent.

Im Oktober 2019 ist die Arbeitslosigkeit im Vormonatsvergleich in Baden-Württemberg gesunken (- 2,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ist sie jedoch um 6,4 Prozent gestiegen. Insgesamt waren 198.200 Personen arbeitslos. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent im Südwesten (- 0,1 Prozent).

Der Personalaufbau in der Südwestindustrie stagniert seit April 2019. Nach dem Befund des Statistischen Landesamtes waren in Baden-Württemberg im September 2019 1,2 Millionen Personen beschäftigt. Dies ist weiterhin der höchste Beschäftigungsstand seit der Jahrtausendwende. Im Vergleich zum Vormonat August 2019 nahm die Beschäftigtenanzahl im September um 0,1 Prozent zu. Im Vorjahresvergleich jedoch stieg die Beschäftigung um 1,0 Prozent.

Stimmung weiterhin verhalten bis pessimistisch

Das Geschäftsklima in Baden-Württemberg ist eingetrübt und kühlte sich laut L-Bank im Oktober weiter ab. Die Unternehmen sind mit der aktuellen Geschäftslage weniger zufrieden, jedoch fielen die Geschäftserwartungen weniger pessimistisch aus als noch zuvor. Insbesondere die Exporterwartungen nahmen zu. Dennoch rechnet die baden-württembergische Wirtschaft mit weiteren Geschäftsrückgängen.

Das verarbeitende Gewerbe bewertet die aktuelle Wirtschaftslage weiterhin negativ. Die Geschäftsaussichten fielen jedoch nicht mehr so pessimistisch aus. Im Gegenteil dazu ist das Bauhauptgewerbe zufrieden mit der aktuellen Geschäftslage, sieht jedoch wenige Wachstumspotentiale für die Zukunft. Die aktuelle Kapazitätsauslastung liege unter dem Durchschnitt bei 83,4 Prozent. Lagerüberhänge nehmen wieder zu und Produktionskürzungen werden eingeleitet.

Eine entspanntere Beurteilung der Geschäftslage und der Geschäftsaussichten kann im Druckgewerbe und in der Herstellung von Metallerezeugnissen beobachtet werden. Im Maschinenbau ist die Bewertung der aktuellen Geschäftslage und der Perspektiven weiter gesunken. Die Automobil- und Zulieferbranche rechnet zwar mit Impulsen aus dem Ausland, muss jedoch mit der niedrigsten Kapazitätsauslastung seit 2010 umgehen, sodass Personalpläne teilweise drastisch korrigiert werden müssen.

Bundeskonzunktur erholt sich

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im dritten Quartal 2019 leicht um 0,1 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2019 zu und erholte sich vom Rückgang im zweiten Quartal 2019 (- 0,2 Prozent). Im Vorjahresvergleich wuchs das BIP im dritten Quartal 2019 um 1,0 Prozent.

Zur Erinnerung: Im ersten Quartal 2018 lag das BIP zum Vorquartal um 0,1 Prozent höher und im zweiten Quartal um 0,4 Prozent, ehe es erstmals seit 2015 im dritten Quartal 2018 zum Rückgang von 0,1 Prozent kam. Im vierten Quartal konnte sich die Wirtschaft dann wieder um 0,2 Prozent erholen, sodass 2018 bundesweit ein BIP-Wachstum von 1,5 Prozent erzielt werden konnte.

Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr rückläufig

Die Auftragseingänge in der Industrie nahmen im September 2019 zwar um 1,3 Prozent (Inland: + 1,6 Prozent, Ausland: - 0,9 Prozent) gegenüber dem Vormonat August zu, sanken aber im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Inlandsnachfrage um 4,5 Prozent zurück, die Aufträge aus dem Ausland schrumpften um 9,0 Prozent. Dabei stiegen nach eigenen Berechnungen die Aufträge aus Drittstaaten um 3,3 Prozent zum Vormonat und sanken marginal im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent. Die Auftragslage aus den EU-Staaten hingegen sank nach eigenen Berechnungen um 1,8 Prozent zum Vormonat und um 6,8 Prozent zum Vorjahr.

Umsätze erholen sich

Der Umsatz in der Industrie lag im September 2019 um 1,4 Prozent unter dem Vormonat und um 1,7 Prozent über dem Vorjahresmonat. Der Inlandsumsatz sank dabei um 1,5 Prozent gegenüber August 2019 und stieg um 2,2 Prozent gegenüber September 2018. Der Auslandsumsatz sank im Vergleich zum Vormonat um 1,1 Prozent, wohingegen ein Anstieg von 1,2 Prozent gegenüber September 2018 verzeichnet werden konnte. Nach eigenen Berechnungen nahm im Vergleich zum Vormonat der Umsatz aus Drittstaaten marginal zu und reduzierte sich um 0,7 Prozent zum Vorjahresmonat. Der Umsatz mit EU-Staaten ließ um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat sowie zum September 2018 ab. Die Umsätze stabilisierten sich im Vergleich zum Vorjahr zunehmend.

Inflation sinkt – Arbeitsmarkt positiv

Im September sind die Verbraucherpreise bundesweit gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Teuerungsrate bei 1,1 Prozent.

Bundesweit sank die Arbeitslosigkeit im September 2019 verglichen mit dem Vormonat um 3,7 Prozent und im Vorjahresvergleich um 1,0 Prozent, sodass die Arbeitslosenquote 4,9 Prozent beträgt. Insgesamt lag die Unterbeschäftigung im August 2019 bei 3.203.222 Personen. Die Unterbeschäftigungsquote liegt bei 6,8 Prozent. Dies ist ein Rückgang von 0,6 Prozent zum Vorjahr. Im Oktober 2019 konnte nach aktuellsten Zahlen eine Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent festgestellt werden.

Geschäftsklima leicht verbessert – Erwartungen weiterhin skeptisch

Nachdem im Mai 2019, nach einem leichten Aufschwung und sechs vorherigen Rückgängen, der Tiefstwert des ifo-Geschäftsklimaindex seit Oktober 2016 zu beobachten war, fiel dieser bis August 2019. Im September 2019 stieg der bundesweite ifo-Geschäftsklimaindex erstmals wieder von 94,3 auf 94,6 Punkte. Der ifo-Index fiel nun seit Ende 2017 stetig, doch stabilisierte sich der Gesamtindex in den letzten 2 Monaten. Die aktuelle Geschäftslage wird leicht verbessert bewertet. Die Geschäftserwartungen verschlechterten sich jedoch weiter.

Die aktuelle Geschäftslage wird jetzt etwas positiver bewertet, wobei die Geschäftsaussichten weiterhin skeptisch betrachtet werden. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe ist keine Verbesserung der aktuellen Lage in Sicht.

Wie der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)** berichtet, setzte sich der Abwärtstrend des ersten Quartals – minus 17 Prozent zum Vorjahreszeitraum – weiter fort. Bundesweit sank im August die Nachfrage um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Inlandsnachfrage nahm um 12 Prozent, die Auslandsnachfrage um 19 Prozent ab. Die Nachfrage aus dem Euro-Raum reduzierte sich dabei um 14 Prozent, aus den Drittstaaten mussten 21 Prozent weniger Aufträge als im Vorjahr verbucht werden. Die Exporterwartungen sanken erneut und die Produktion wurde im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal um 2,9 Prozent zurückgefahren, nachdem im ersten Quartal diese noch marginal um 0,3 Prozent zunahm.

Der baden-württembergische Maschinenbau musste ebenfalls harte Auftragseinbrüche hinnehmen. Von Januar bis Juli 2019 sank ihr Eingang um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Inlandsnachfrage nahm um 11 Prozent, die Auslandsnachfrage um 19 Prozent ab, nachdem im ersten Quartal 2019 ein Rückgang von 17 Prozent die Branche auf Impulse im zweiten Quartal hoffen ließ.

Nach Angaben des **Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA)** wurden in Deutschland im Jahresverlauf von Januar bis September 2,7 Millionen Neuzulassungen und damit ein Auftragswachstum von 2 Prozent zum Vorjahr verbucht. Zuletzt wurden diese Werte im Jahr 2009 erreicht. Allein im September wurde in Deutschland mit 244.600 neu zugelassenen Pkw 22 Prozent mehr Verkäufe niedergeschrieben als im Vorjahr. Im September stieg die Inlandsnachfrage um 6 Prozent, während die Auslandsnachfrage um 2 Prozent im Vorjahresvergleich anstieg. Von Januar bis September sank jedoch die Auslandsnachfrage um 4 Prozent. Insgesamt wurden 12 Prozent weniger Autos exportiert als im Vorjahreszeitraum. Die Produktion ging in diesem Zeitraum um 9 Prozent zurück.

Nach Erhebungen des **Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** sanken im August die Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozent. Die Inlandsaufträge reduzierten sich um 9,6 Prozent, die Auslandsnachfrage nahm insgesamt um 4,5 Prozent ab. Die Aufträge aus dem Euroraum reduzierten sich dabei um 4,0 Prozent. Die Nachfrage aus Drittländern ging um 4,8 Prozent zurück. Insgesamt muss die Branche so einen Auftragsverlust von 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis August hinnehmen. Diese ergibt sich aus einem Auftragsrückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 1,1 Prozent aus dem Inland und 2,1 Prozent aus dem Ausland.

Der Umsatz der Elektrobranche sank im August um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleichszeitraum zwischen Januar und August wurde 0,8 Prozent weniger Umsatz verbucht als im letzten Jahr. Hier reduzierte sich der Inlandsumsatz um 5,5 Prozent, während der Auslandsumsatz um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr abnahm. Die Auslandsumsätze mit dem Euroraum nahmen um 4,8 Prozent ab, die Umsätze mit Drittstaaten sanken um 1,5 Prozent.

Für das zweite Quartal ergeben sich somit ein Umsatzrückgang von 3,6 Prozent in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen und ein leichter Umsatzzuwachs von 0,2 Prozent in der Datenverarbeitungstechnik, Elektronik und Optik.

Im dritten Monat in Folge ist das Geschäftsklima in der deutschen Elektroindustrie im September weiterhin unter der Null-Linie. Die Bewertung der aktuellen Geschäftslage, sowie auch die Beurteilung der Geschäftsaussichten fallen pessimistisch aus. Die Produktion lag im August zudem 8,2 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Laut dem **Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)** sank im zweiten Quartal 2019 der Branchenumsatz um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Inlandsumsätze reduzierten sich um zum Vorquartal um 1 Prozent und im Vorjahresvergleich um 3,5 Prozent. Der Auslandsumsatz stieg im Vergleich zum Vorquartal um 0,8 Prozent und sank im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent.

Die Produktion sank im zweiten Quartal 2019 im Vergleich zum Vorquartal um 0,7 Prozent, während sie im ersten Quartal noch um 0,5 Prozent zunahm. Die Beschäftigtenanzahl stagnierte im Vorjahresvergleich, stieg jedoch marginal zum Vorquartal um 2.300 Beschäftigte auf 464.800 Mitarbeiter.

Der VCI rechnet im weiteren Jahresverlauf mit einem Produktionsrückgang, bereinigt von Sondereffekten aus 2018, von 1,5 Prozent und einer Reduzierung des Umsatzes um 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Gemäß Angaben des **Bundesverbands Druck und Medien e.V. (BVDM)** sind die Branchenunternehmen im September unzufrieden mit der aktuellen Geschäftslage und blicken pessimistisch auf die nächsten sechs Monate. Die Auftragslage sei rückläufig und die Ertragslage verschlechterte sich stetig. Es wird mit sinkenden Produktionszahlen gerechnet und mit sinkenden Erzeugerpreisen. Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten Deutschlands befeuern den Pessimismus der Branche.

Der **Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)** berichtet, dass die Halbjahresbilanz positiv ausfällt, jedoch die Beurteilung der Geschäftslage etwas nachgegeben hat. Dennoch bleibt die Nachfragesituation unverändert hoch, so dass die Geräteauslastung im Vergleich zum ersten Quartal um 10 Prozentpunkte auf 80 Prozent anstieg. Insbesondere kommen die Impulse aus dem Tief- und Straßenbau, während der Gewerbebau etwas nachgibt. Die Investitionen werden weiter ausgebaut und die Preissteigerungen verlieren an Dynamik, da durch die anhaltende Nachfrage nach Bauleistungen Kostensteigerungen eingepreist wurden.

Der **BDG – Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie** meldet, dass im August 2019 die Auftragseingänge bei den Eisengießereien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis August um 17,8 Prozent sanken. Die Auftragseingänge von Komponenten aus Duktilem Gusseisen sanken im Vorjahresvergleich um 14,4 Prozent. Die Auftragsbestände der Stahlgießereien sanken um 11,0 Prozent. Der Fahrzeugbau nahm zudem 12,4 Prozent weniger an Waren ab. Die Maschinenbaubranche platzierte im Vergleich zum Vorjahr 29,2 Prozent weniger Aufträge.

Auftragsrückgänge sind auch bei den Aluminium-, Magnesium-, und Zinkgießereien zu beobachten. Aluminiumgießereien verbuchten 7,4 Prozent, Magnesiumgießereien 13,5 Prozent und Zinkgießereien 14,6 Prozent weniger Aufträge als im Vorjahreszeitraum Januar bis August.

Die Gießerei-Branche sah sich im ersten Quartal großen Unsicherheiten aus der Automobilindustrie ausgesetzt. Nun treffen die Branche die harten Einschnitte aus der Maschinenbaubranche. Die Produktion ging im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,8 Prozent bzw. beim Nichteisen-Metallguss um 1,6 Prozent ab. Die Exporte nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 15,8 Prozent bzw. beim Nichteisen-Metallguss um 10,7 Prozent ab. Die Orderreserven liegen 16,6 Prozent unter den Auftragsreserven im letzten Jahr. Die Gießerei-Branche ist angesichts der Datenlage stark verunsichert und sucht nach Strategien, die konjunkturelle Momentaufnahme abzufedern.

Ausblick:

Im Mai dieses Jahres ging man noch davon aus, dass die sinkenden Auftragszahlen, der stagnierende Arbeitsmarkt und die pessimistischen Geschäftserwartungen einen Abschwung erwarten ließen. Tatsächlich ist dieser, darin sind sich die Ökonomen heute einig, jedoch schon viel früher eingetreten. Seit Anfang 2018 verschlechterten sich die wichtigen Konjunkturindikatoren, und die Branchendaten zeigten eine überwiegend abwärts gerichtete Entwicklung.

Dies lag an mehreren Faktoren. Zum einen führte ein geringes Weltwirtschaftswachstum von circa 3,5 Prozent in diesem Jahr zu geringeren Zuwachsraten, verursacht durch die Handelskonflikte. Dies führte zu Investitionsunsicherheit auf den Weltmärkten und belastete die Investitionsgüterbranche massiv. Des Weiteren nahm das Potenzialwachstum weltweit und auch in Deutschland ab. Die Globalisierung führte dazu, dass aus den "Emerging Markets" zunehmend Industriestandorte wurden. Die Konvergenzbewegung des technologischen Know-hows treibt zu global ausgerichteten Einkaufsstrategien der Originalteilehersteller, so dass regionale kleine und mittlere Unternehmen immer mehr ins Hintertreffen geraten, da sie entsprechende Preis-Kosten-Strukturen nicht abbilden können.

Die Abnahme des Potenzialwachstums in Deutschland hängt auch indirekt mit der demografischen Situation zusammen. Durch die Gesellschaftsstruktur erhöht sich die Sparquote, sodass die Konsumquote tendenziell kleiner ausfällt, als es wirtschaftlich zukünftig notwendig wäre. In den USA macht der Anteil des Konsums am Bruttoinlandsprodukt sogar fast die Hälfte aus. Impulse für das vierte Quartal 2019 könnten dennoch aus dem Weihnachtsgeschäft kommen. Die Anzahl sozialpflichtiger Beschäftigter war nämlich noch nie so hoch wie heute und trug zur Stärkung der Wirtschaft in Deutschland bei. Ebenso könnten wichtige Impulse aus dem Ausland kommen. Allein von Januar bis September 2019 lag die Exportquote 1,5 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Der LVI geht deshalb von einem bundesweiten BIP-Wachstum von 0,8 Prozent, für Baden-Württemberg von 0,7 – 1,1 Prozent aus. Die Zahlen des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für das dritte Quartal 2019 werden aufzeigen, ob sich die wirtschaftliche Lage unseres exportabhängigen Industriestandorts weiter verschärft oder stabilisiert.

Weiterhin gilt es, dringend die Rahmenbedingungen in Deutschland zu optimieren und Reformen zügig anzugehen und umzusetzen. Denn nicht zuletzt belastet die Politik durch steigende Energiepreise und hohe Steuern das Erfolgsmodell Deutschlands: kleine und mittlere Unternehmen und Hidden-Champions. Denn

KMU stellen über 99 Prozent der deutschen Unternehmen und sorgen für mehr als 50 Prozent aller sozialpflichtigen Beschäftigten.

Damit dies so bleibt und die notwendige Innovationsdynamik weiter zunimmt, benötigen die Unternehmen hochqualifizierte Mitarbeiter. Denn die demografische Lage verschärft sich zunehmend und verstärkt den bereits vorhandenen Fachkräftemangel. Eine entsprechende Strategie Deutschlands einen attraktiven Standort für hochqualifizierte und hochmotivierte Arbeitskräfte zu gestalten liegt augenscheinlich jedoch nicht vor. Dennoch wäre es gerade in Zeiten der Transformationsprozesse hinsichtlich Digitalisierung, Automatisierung, Dekarbonisierung und Elektrifizierung wichtig, Hochqualifizierte und Fachkräfte zu gewinnen, um die Innovationskraft Deutschlands und insbesondere in Baden-Württemberg zu stärken. Zudem muss die Fachkräftezuwanderung zukünftig eine wichtige Rolle einnehmen. Darüber hinaus müssen am Standort Deutschland die Defizite in der Infrastruktur beseitigt werden. Der Ausbau zukunftsweisender Technologien für Mobilitätskonzepte im Zusammenhang mit dem Klimawandel steht dabei ebenso im Mittelpunkt, wie die nach wie vor im Argen liegende Digitalisierungsinfrastruktur.

DER SCHWIERIGEN WIRTSCHAFTSLAGE BEGEGNEN: INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN, INNOVATION FÖRDERN!

Die Herausforderungen, denen sich unser Standort derzeit gegenüber sieht, sind enorm. Neben einer "normalen" konjunkturzyklisch bedingten Eintrübung haben wir es mit weltwirtschaftlichen Effekten wie den großen Handelskonflikten und dem Brexit zu tun, mit mehreren mehr oder weniger gleichzeitig ablaufenden Transformationsprozessen, also in erster Linie mit Verkehrswende, Energiewende und Digitalisierung, und nebenbei leistet sich Deutschland eine steuerliche Belastung der Unternehmen, die weit über dem liegt, was viele andere Industrienationen ihrer Wirtschaft und Industrie abverlangen – eben jener Industrie, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ende der letzten Dekade einen ganz entscheidenden Anteil an der raschen Erholung und der folgenden beispiellosen Hochkonjunkturphase für sich reklamieren durfte. Umso wichtiger wäre es, die Industrie auch heute wieder in eine Position zu versetzen, in der sie mit einer gewissen Bewegungsfreiheit agieren, investieren und innovieren kann.

Deutschland und auch Baden-Württemberg befinden sich gegenwärtig in einer konjunkturellen Lage, über deren Einordnung nicht überall Einigkeit herrscht. Die weltweite Industrieproduktion steigt im Jahr 2019 nur noch um ein Prozent. In den Industrieländern stagniert sie, in den Schwellenländern wird sie voraussichtlich nur noch um zwei Prozent wachsen. Das ist der geringste Produktionsanstieg seit zehn Jahren. Die einen sprechen nun von einer rezessiven Phase, die anderen von einer Delle, wieder andere von einer gewesenen Rezession. Einig sind sich jedoch alle, dass die enorm positive Phase, die im Grunde seit Anfang des Jahrzehnts angedauert hatte, ein natürliches Ende gefunden hat und dass gleichzeitig die begonnenen Transformationsprozesse, bei allen Chancen, die sie mit sich bringen, noch manchen Tribut fordern werden.

Vor diesem Hintergrund diskutieren Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit seit Monaten über den besten Umgang mit der Situation, über mögliche Strategien, notwendige Maßnahmen, denkbare Schwerpunkte und nicht zuletzt die hohe zeitliche Dringlichkeit. Manchmal gerät bei dieser Diskussion etwas in den Hintergrund, dass es nicht in erster Linie darum geht, Symptome einer Rezession zu bekämpfen, sondern vielmehr darum, Ursachen einer Wachstumsschwäche anzugehen. Denn die Aufgabe ist eine grundsätzlichere, eine, die über die bloße Bewältigung wiederkehrender Konjunkturzyklen hinausgeht.

Der BDI schrieb hierzu unlängst, die Politik stehe "in der Pflicht, den Industriestandort Deutschland zu bewahren und zu verbessern, um dauerhaft Wohlstand und Beschäftigung zu sichern." Notwendig dafür sei vor allem politische Berechenbarkeit. Schon heute fehlten öffentliche Investitionen in Höhe eines halben Prozentpunkts der Wirtschaftsleistung, wobei die Zusatzanforderungen für den Klimaschutz noch nicht einmal berücksichtigt seien.

Gemeinsam mahnte der BDI dann mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der einer übermäßigen Nähe zum Spitzenverband der Industrie eher unverdächtig ist, von der Bundesregierung ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm für deutlich höhere öffentliche und private Investitionen an, eine "ambitionierte Investitionsoffensive der öffentlichen Hand" an. Gemäß einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) steigert beispielsweise eine Erhöhung des staatlichen Infrastrukturbestands um zehn Milliarden Euro das Bruttoinlandsprodukt dauerhaft um rund 2,5 Milliarden Euro im Jahr.

Um Investitionen zu ermöglichen, gilt es auch, den Unternehmen die Luft zum Atmen, bzw. zum Investieren, zu lassen. Der Druck, unter dem die Industriebetriebe durch den scharfen internationalen Steuerwettbewerb stehen, ist enorm. Das Unternehmensteuerrecht, bei dem seit mehr als zehn Jahren Reformstillstand herrscht, muss dringend modernisiert werden. Die effektive steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen muss auf das international niedrigere Niveau von maximal 25 Prozent gesenkt werden. Nur so bleibt Deutschland als Investitionsstandort attraktiv. In den OECD-Mitgliedsländern liegt der Durchschnitt der steuerlichen Gesamtbelastung bei knapp 25 Prozent, in der EU sogar noch etwas darunter.

Industriestrategie: Nach der Nachbesserung muss die Umsetzung folgen!

Einen Teil der genannten Punkte scheint die jüngst vorgestellte nachjustierte Fassung der sogenannten Industriestrategie von Wirtschaftsminister Altmaier in Angriff zu nehmen. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, die Industriestrategie in konkrete Politik zu verwandeln und so dazu beizutragen, dass die hiesige Industrie den passenden Rahmen vorfindet, um sich den weltweiten Herausforderungen zu stellen. Nur mit einer leistungsfähigen Industrie, die in einer angespannten Situation vorangeht und Wertschöpfung betreibt – die Erinnerung an die Krise von 2008 ist noch sehr präsent – ist unser Standort in der Lage, seinen Wohlstand dauerhaft zu sichern.

Neben der Steuerpolitik zählen auch die Bereitstellung von Wagniskapital und ein starkes Eintreten für eine europäische Industriepolitik zu den zentralen Punkten der Industriestrategie, die sofort auf die politische Tagesordnung gehören. Die Industriestrategie muss in die eingeforderte Strategie der EU eingebettet werden. Unser Kontinent braucht eine ehrgeizige Innovations- und Technologiepolitik, untermauert von einer soliden Finanzausstattung des nächsten Forschungsrahmenprogramms und die europäische Wettbewerbsordnung ist gerade im Verhältnis zu Drittstaaten wie China zu stärken.

Die Bundesregierung muss gerade jetzt Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes übernehmen. Wenn Wachstumsprognosen fallen und Auftragseingänge in der Industrie abnehmen, dann muss der Staat alle Priorität darauf legen, Investitionen und Innovationen anzukurbeln. Dass die Industrie ihrerseits Verantwortung übernehmen muss, versteht sich von selbst. Häufig bedarf es aber initialer öffentlicher Investitionen, um höhere und effiziente private Investitionen nach sich zu ziehen, etwa im Verkehr oder der digitalen Infrastruktur. Privatwirtschaftliche Investitionen machen rund 90 Prozent der Investitionen in Deutschland aus. Der Staat muss aber dort investieren, wo der privatwirtschaftliche Ausbau nur schwer zum Tragen kommt, beispielsweise beim Breitbandausbau, bei der Verkehrsinfrastruktur sowie beim tiefgreifenden Umbau der Volkswirtschaft für den Schutz des Klimas.

Mit Blick auf die Industriestrategie ist es erfreulich, dass die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut in dem Papier nicht nur einen "Meilenstein auf dem Weg zu einer breiten Zukunftsoffensive, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu sichern" sieht, sondern auch explizit die steuerpolitischen Vorschläge unterstützt und eine international wettbewerbsfähige Steuerbelastung für Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften fordert.

Das Bekenntnis der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin zur Unterstützung bestehender und junger Unternehmen bei der Anwendung neuer Technologien und dem Bemühen, "mit neuen Technologien ganz neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und damit an den Markt zu kommen", wird von der Industrie ebenso begrüßt wie die Zurückhaltung bezüglich Überlegungen zu staatlichen Firmenbeteiligungen. Eine Ermächtigung der Bundesregierung zur Kapitalbeteiligung des Staates an einzelnen Unternehmen ist mit den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft schwerlich in Einklang zu bringen.

Ein wichtiger Schritt, dessen Ursprünge wesentlich weiter zurückliegen als die aktuelle Industriestrategie, ist die sogenannte steuerliche Forschungsförderung,

die nun endlich beschlossen wurde und umgesetzt werden soll. Deutschland kann nun einen Teil seines Wettbewerbsnachteils abbauen, den es auch in dieser Hinsicht gegenüber beinahe allen großen Industrienationen hat. Erfreulich ist dabei nicht zuletzt die erreichte Verbesserung, dass auch extern vergebene Auftragsforschung direkt beim beauftragenden Unternehmen gefördert werden, so dass auch kleine und mittelständische Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilung von der Förderung profitieren können. Wichtig ist nun, dass die Förderung so bürokratiearm wie möglich ausgestaltet wird, damit sie wirklich auch in nennenswerten Größenordnungen bei den Unternehmen ankommt.

Finanzpolitische Spielräume nutzen

Noch immer stellen sich die öffentlichen Haushalte sehr solide dar, noch immer übersteigen die Einnahmen regelmäßig die Erwartungen und bewegen sich trotz des gebremsten Wirtschaftswachstums auf höchstem Niveau. Dabei geht der LVI weiterhin von einer Politik der „Schwarzen Null“ aus. Wie die Länder ist auch der Bund gefordert, insbesondere seine konsumtiven Ausgaben konsequent zu hinterfragen und effizient zu investieren, ehe man den vermeintlich leichteren Weg neuer Schulden einschlägt. Die Finanzpolitik muss zuallererst ihre vorhandenen Spielräume nutzen, um private und öffentliche Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu verstärken. Tatsächlich aber ist das Verhältnis zwischen Zukunftsinvestitionen und konsumtiven Ausgaben nach wie vor ein höchst ungesundes.

Diese Einschätzung gilt auch weiterhin für den baden-württembergischen Doppelhaushalt, der in den nächsten Wochen beschlossen wird. Der LVI hatte anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs in den Landtag zum einen die Bedeutung sparsamen Haushaltens unterstrichen, inklusive der Forderung, Prioritäten zu setzen und die eigenen Aufgaben kontinuierlich zu hinterfragen und gegebenenfalls zu beschneiden. Zum anderen betonten wir angesichts der weiterhin enorm hohen Einnahmen, dass das Land die erstmals greifende Schuldenbremse einhalten kann, ohne sich dafür bei den dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen zurückhalten zu müssen. Gerade angesichts der zusätzlichen Finanzspritze durch die sogenannten Diesel-Strafzahlungen muss sichergestellt werden, dass diese Zahlungen nicht im allgemeinen Haushalt aufgehen, sondern dass sie vielmehr in einem zweckgebundenen Sonderprogramm unmittelbare Investitionswirkung entfalten können.“

HERAUSGEGEBEN VOM LANDESVERBAND DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE E.V.
TÜRLLENSTRASSE 2 · 70191 STUTT GART · TELEFON: 0711 - 99 88 70 - 0 · TELEFAX: 0711 - 99 88 70 - 69
WWW.LVI.DE · INFO@LVI.DE

